Berlin.
Mittwoch, 11. November.

(Morgen-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 527.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr. für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an: Berlin b. Exp. französische Str. 51.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Freie und abhängige Presse.
Deutschland. Berlin: die lauenburgische Beschwerde; Staatsvertrag mit Bernburg.
Großbritannien. London: die Fettpatrone.
Spanien. Madrid: ministerielles Programm.
Rußland. Petersburg: Expedition gegen die Circassier; Untergang eines Schiffes.
Dänemark. Kopenhagen: Religionsfreiheit in Dänemark.
Amtliche Nachrichten.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Freie und abhängige Presse.

Bei Besprechung der bevorstehenden Einführung des Zeitungsstempels in Oesterreich drücken wir neulich die Meinung aus, daß die Regierung, wenn sie die Absicht haben sollte die von ihr abhängigen, unbesteuerten Zeitungen in die Stelle der freien, durch den Stempel künftig vertheuerten einzuschieben, nach allen älteren Erfahrungen zu urtheilen, dieses Ziel nur in sehr unvollständiger Weise erreichen würde. Ein theilweises Gelingen des Planes wollten wir damit keineswegs in Zweifel ziehen. Daß z. B. manche Leser in Böhmen sich die seither gehaltenen Wiener Zeitungen versagen und mit der abhängigen Prager Zeitung, allenfalls neben einem der beiden andern in Prag erscheinenden halbpolitischen Blätter sich begnügen, oder daß ein böhmischer Leser, der an einer Zeitung genug hat, künftig der inländischen vor einer durch Postaufschlag und Stempel bei weitem theureren Wiener den Vorzug geben werde, wird ganz gewiß in manchen Fällen eintreten. Die Neuerung wird hauptsächlich der Wiener Presse zum Schaden anschlagen, indem der Absatz in den Kronländern sich vermindern wird und desgleichen der in der Hauptstadt selber. Außerdem wird die schon bisher nicht bedeutende Anzahl der aus dem Auslande in Oesterreich bezogenen Zeitungen noch mehr zusammenschrumpfen. Kurz, die Wirkung der Stempelerhebung wird auf eine Benachtheiligung der freien und entwickelteren Presse hinauslaufen, während dahingestellt bleibt, in welchem Grade die meist abhängigen und in den Kinderschuhen gar fest stehenden Blätter, welche in den Kronländern herauskommen, an Ausbreitung gewinnen werden; denn keineswegs werden dieselben einfach zu Nachlaßnachfolgern der verdrängten Wiener Blätter werden, sondern sich mit der stumpfen Gleichgültigkeit in die Erbschaft theilen müssen. Die Geistlichkeit in Oesterreich mag mit dem Stempel zufrieden sein, weil nach ihren Wünschen das Volk überhaupt keine Zeitungen lesen soll; die Regierung ihrerseits kann bei dem neuen Gesetze nur in so fern ihre Rechnung zu finden glauben, als sie voraussetzt, daß die unter ihrer unmittelbaren Leitung stehenden Zeitungen gewinnen werden.

Da möchte es sich nun fragen, ob nach den vorliegenden Erfahrungen die abhängige Presse aus haltbaren Gründen ein Zutrauenszeugniß verdiene, und es kann diese Frage ganz allgemein, ohne ausschließliche Beziehung auf Oesterreich, gestellt werden. In der Mehrzahl der europäischen Staaten haben die Regierungen im letzten Jahrzehnt einen Eifer, die Zeitungen in möglichst großem Umfange in ihren unmittelbaren Dienst zu nehmen, gezeigt, wie sie ihn in solchem Grade in keinem früheren Zeitraume an den Tag gelegt hatten. Die Staatskunst hat sich in dieser Zeit ein ganz neues Feld der Thätigkeit geschaffen; neue Aufgaben hat sie sich gestellt, indem sie es für ihre Sache hielt, Gedanken und Meinungen, die früher wild gewachsen waren, von Amts wegen zu züchten, neue Ausgabeposten gelangten in den Staatshaushalt für Erzeugung der öffentlichen Meinung, ja förmliche neue Behörden rief die neue Ansicht über die Bestimmung der Presse hervor, und während in den Augen eines Staatsmannes aus der alten Schule der Zeitungsschreiber das lustigste Gewerbe im Staate nach den Sperlingen auf den Dächern getrieben hatte, giebt es jetzt solche Männer der Feder, die durch Rang, Titel und Besoldung fest und ehrbar im Boden der amtlichen Welt wurzeln und sich für halbe Respektspersonen zu halten kaum umhin können. Der Fortschritt zum Neuen vollzog sich wie gewöhnlich durch Uebergang zu dem Alten unbedingt und schroff Entgegengesetzten. Hatten sich vordem Polizei und Journalisten für natürliche Gegner ohne Frieden und ohne Treue gehalten, so legten sie nun die alten Vorurtheile auf das dürftigste ab und boten einander den Bruderkuß für das neue Leben; sahen es früher die Sicherheitsbehörden für ihre Pflicht an, die Journalisten einzustecken, auszuweisen, zu versprengen, so fingen sie jetzt an, diese Freibeuter zu sammeln, in geordnetem Trupp auszusenden und die Kameradschaften zu stiften, deren meist blos eingebildetes Dasein ihnen früher so viele trübe Stunden bereitet hatte. Auf keinem andern Felde wurde der Rath eines preußischen Kammerherrn, die Revolution mit ihren eigenen Waffen zu besiegen, mit größerer Folgsamkeit auszuführen versucht, als auf dem der Tagespresse, die ja einmal den großen Einsturz zu größtem Theile herbeigeführt haben sollte.

Ob nun der Erfolg den Anstrengungen und Erwartungen entsprochen habe oder hinter beiden zurückgeblieben sei, darüber möchte die Zeit wohl schon jetzt reif sein, ein erfahrungsmäßiges Urtheil zu fällen. Im Ganzen ist in den verschiedenen Staaten die Wirkung die nämliche, überall gleich dürftige geblieben, wenn auch über die Wirksamkeit des Mittels die einzelnen Regierungen wahrscheinlich verschieden denken dürften. Während die jetzige Regierung in Frankreich wohl nie ihre Stellung zur Presse ändern wird, liegt den Deutschen eine umdeutungene Würdigung dieser Verhältnisse weit näher, und ist auf unserem Boden eher auf einen Wechsel des Verfahrens zu hoffen. Wir meinen nicht, daß eine Regierung grundsätzlich darauf verzichten sollte, durch die Presse sich vernehmen und vertreten zu lassen, allein das Streben nach Alleinherrschaft oder nach einem Uebergewicht auf diesem Gebiete sollte ihr allerdings durchaus fern liegen und sie sich mit dem Besitze einer einzigen Zeitung, um sich derselben nach Gefallen zu bedienen, begnügen. In einem gesunden Staate, dessen Regierung Vertrauen zu sich selber hat, wird es sich ohne Zuthun derselben so fügen, daß eine große Zahl der Zeitungen im Wesentlichen auf ihrer Seite stehen und ihr nicht feindlich sind. Wie in Verfassungsstaaten die Regierungen so leicht die Mehrheit in den volksvertretenden Körperschaften erlangen, weil die Partei der Erhaltung in einem einiger Maßen sicher gegründeten Staate immer zahlreich ist, so wird auch in der Presse nur in Ausnahmefällen die Regierung ohne einen zahlreichen Anhang sein. Ueberdem muß man auch die Bedeutung einer widerstrebenden Presse nach den Landesverhältnissen zu beurtheilen wissen und nicht gleich überschätzen. Die Freiheit zu reden wird in England vom ganzen Volke mit Entschiedenheit geliebt, aber während dort Unzufriedenheit und Tadel den größten Raum auf dem bedruckten Papier einnehmen, ist wohl nirgends der Sinn für Erhaltung und langsame Umbildung der gegebenen Verhältnisse tiefer eingewurzelt. In jedem Staate, der nicht ausschließlich durch den Säbel regiert wird, kann die Regierung die Presse sich selbst und dem Zügel der Gerichte und Gesetze überlassen; sie kann gewärtig sein, daß ihr viel Unterstützung in derselben zufallen wird, und sie kann jedenfalls nichts Verfehlteres unternehmen, als wenn sie auf künstlichem Wege die Presse zu einer ihr ergebenen machen, sie kann sich nicht ärger täuschen, als wenn sie aus den Stimmen, die in ihrem Dienste reden, die Zustimmung des Volkes heraushören will.

Es ist der überall wiederkehrende Fehler einer abhängigen Presse, daß diejenigen, welche in diesem Dienste arbeiten, nicht Maß zu halten wissen und sich durch ihre Uebertreibungen die Möglichkeit eines Erfolges abschneiden. Ihre Vertrautheit mit den wirklichen Gedanken der Regierung ist meistens sehr schwach und nur durch ein hingeworfenes Stichwort ermittelt: so gleichen sie den letzten Gliedern einer großen Kette, die an einem nicht ausreichend starken Magnet hängt und die entweder nur scheinbar oder in sehr geringem Maße von der entfernten Kraft angezogen sind. Sie regen sich, wenn sie sich in Thätigkeit setzen, wesentlich nach ihren eigenen Trieben und haben nur das dunkle Bewußtsein, daß sie im Auftrage eines Andern handeln sollen; von der Sache haben sie meist so wenig Kunde, daß sie nicht einmal immer wissen, daß sie nichts wissen, auf jeden Fall soll ihr Eifer alles Fehlende ersetzen. Aber durch diesen überwallenden Eifer verderben sie Alles. Bald führen sie die Leser irre, bald machen sie dieselben stumpf und müde und verleiden ihnen die Theilnahme an den Dingen, und was schlimmer ist, sie ... zuweilen auch im Stande, wünschenswerthern Tugenden eines Volkes, als die bloße Neugier ist, einen Stoß zu versetzen.

Es ist schon unerfreulich, wenn sie mit ihren Kameraden in anderen Ländern einen unaufhörlichen Zeitungskrieg führen, der doch am Ende die Herstellung wecken muß, daß die betreffenden beiden Regierungen bitterböse auf einander seien, während in Wirklichkeit dieselben einander eben so wenig grollen, wie es die Völker thun, so daß der Lärm auf dem Papier keines Menschen wirkliche Gesinnung ausdrückt, sondern nur da steht, weil Die, welche ihn hervorbringen, sich für verpflichtet halten doch irgend etwas zu thun, was einem ihrer Regierung geleisteten Dienste ähnlich sehen soll. Vollends ein wahrhaftes Uebel ist es, wenn Dieselben sich für berechtigt halten, den Patriotismus der Leser da in Anspruch zu nehmen, wo die Regierung nicht entfernt daran denkt, denselben ernstlich aufzubieten; wie es im vorigen Winter bei Gelegenheit der Lauenburger Streitsache geschah, daß in der abhängigen Presse in und außer Preußen als Auffassung deutscher Regierungen verkündet wurde, was denselben schlechterdings nicht im Sinne lag. Es kann unmöglich gute Früchte tragen, daß man mit allem Wortschwall, über den die Feder zu gebieten vermag, die Völker für angebliche, als höchst patriotisch gepriesene Absichten der Regierungen zu erhitzen sucht, um dann plötzlich die hochtönende Rede in den Brunnen fallen zu lassen und nie mehr ein Wort über Thaten, die als unerläßlich geschildert worden waren, zu verlieren. Im besten Falle kommt so das Publikum dahin, auf dergleichen Reden künftig nie wieder etwas zu geben, womit die Regierung immer noch zufriedener sein könnte, als wenn es solche Beredsamkeit für baare Münze nähme und daraus Schlüsse auf die Weisheit der Staatsleitung zöge.

Wenn die Presse das Gegengift für ihren etwaigen Schaden bei sich tragen soll, so gilt dieser alte Satz wohl höchstens von der freien und nicht zugleich von der abhängigen. Diese nützt so wenig, daß es ihr auch nicht zu vergeben ist, wenn sie viel schadet.

Deutschland.

* **Berlin**, 10. November. Die von den Mitgliedern des Landrathskollegiums im Namen der Ritter- und Landschaft des Herzogthums Lauenburg unterschriebene Beschwerdeschrift, welche der deutschen Bundesversammlung von dem Dr. jur. Advokat Goldschmidt in Frankfurt übersendet worden ist, wurde ihres Umfangs wegen als Manuskript gedruckt. Sie füllt 31 Seiten groß Quart; die dazu gehörigen Anlagen I bis VIII sind 81 Seiten stark. Als Verfasser bezeichnet man den Dr. Goldschmidt; selbstverständlich dürfte es jedoch sein, daß dieser Rechtsgelehrte von Juristen und Staatsmännern des Herzogthums bei Abfassung derselben unterstützt worden ist. Die „Allg. Ztg." giebt eine Uebersicht des mit großer Gründlichkeit in juristischer wie politischer Beziehung ausgearbeiteten Aktenstücks. Es nimmt dasselbe die Londoner und Warschauer Protokolle zum Ausgangspunkt, durch welche die Integrität der dänischen Monarchie und die Einheit der Erbfolge festgesetzt worden sei. Ueber das fernere Schicksal der Herzogthümer aber sei damals im Allgemeinen bestimmt (§ 3 und 4 des Londoner Protokolls vom 2. August 1850), daß der deutsche Bund und die deutschen Großmächte mit Dänemark Maßregeln vereinbaren sollen, um die grundgesetzlichen Rechte des Bundes zu sichern, und zu verhüten, daß die Herzogthümer Holstein und Lauenburg bei Realisirung des Gesammtstaats in ein unangemessenes Verhältniß zu diesem träten. Die Schrift weist, auf diesem Fundament weiter bauend, nach, daß durch die Verhandlungen zwischen Dänemark und den Großmächten hauptsächlich sechs Punkte als festgestellt zu betrachten seien, woraus deutlich hervorgehe, daß Dänemark selbst nur an die Konstituirung eines Gesammtstaats und nicht an die Schöpfung eines Einheitsstaates gedacht haben könne. Dies gehe daraus unzweifelhaft hervor, daß die deutschen Mächte bezüglich Schleswigs (als des vorzüglichsten Zankapfels) der „Krone", nicht aber dem „Lande" die Inkorporation nachgelassen haben. Die Beschwerdeführer geben nun zunächst selbst zu, daß in den Verhandlungen zwischen Dänemark und Deutschland über die Organisation des neunschaffenden Gesammtstaates keine direkten Bestimmungen getroffen worden seien, aber die negativen Verpflichtungen, welche Dänemark sich auferlegt, stünden vollkommen in Harmonie mit dem Begriff

Zum elften November.

Wiederum wird in diesen Tagen das Andenken der nunmehr bald hundertjährigen Geburtsstunde unseres großen Friedrich Schiller festlich begangen werden. Immer näher rückt auch der Augenblick, wo die auf seinen Namen begründete Stiftung festere Gestalt gewinnen und ins Leben treten soll.

Seit dem 9. Mai 1855 hat der damals in Dresden zuerst ausgesprochene Gedanke einer Schillerstiftung sich immer mehr Bahn gebrochen. Das in unserem ersten Aufruf: „An die Deutschen" vorgeführte Bild der vom Ringen nach dem Höchsten, ja selbst vom siegreichen Ruhme nicht ausgeschlossenen Sorge und Entbehrung hat hie und da Anfechtung gefunden; doch haben die dunklen Schatten der Literaturgeschichte, auf welche die Schillerstiftung begründet wurde, sich durch mannigfach angezogene Beispiele als leider nur zu wahre Thatsache erwiesen. Schiller selbst, der sich vom äußern Ertrage seiner unsterblichen Werke nicht vor den Sorgen des Lebens schützen konnte; der eine Professur erhielt, deren geringe Besoldung ihn zwang, seinen gefeierten Namen zu Uebersetzungen des Vitaval und historischer Mémoiren herzuleihen; der seine großen historischen Dramen erst da mit Muße ausarbeiten konnte, als ihm ein Mäcen in dänischen Landen erstand; Schiller bleibt der lebendige Beweis, daß die Entwickelung selbst des größten Genius Gefahren ausgesetzt sein könne, deren Abhülfe allerdings nur annähernd erreicht wird, wenn, wie die Schillerstiftung will, die äußerste Bedrängniß des dem Kultus des Wahren und Schönen gewidmeten schriftstellerischen Talentes einen nationalen Beistand findet.

Wohl sind die großen Tage der klassischen Literaturperiode vorüber! Wohl sind die Bedingungen, unter denen Talente zum Publikum sprechen, die nicht mehr berufen sein können, wie sonst, die Vermittler und Schöpfer einer der Nation noch fehlenden Bildung überhaupt zu haben, in mannigfacher Hinsicht sogar günstigere geworden! Jenem ersten Einwurf gegenüber aber hat selbst die schwächere Begabung schon in der klassischen Zeit dem Publikum immer einen verhältnißmäßigen Werth gehabt; an Förderern, Hütern, Fortpflanzern der durch die Literatur zu vertretenden Gedanken wird es unserm Volke niemals fehlen, selbst an solchen nicht, die trotz der unerreichten großen Vorbilder ihm werth und schätzbar werden können. Und dem zweiten Einwurf widersprechen gerade die mit den größern Vortheilen, deren Gewinn die neuere Literatur zugestehen muß, doch zugleich mitüberkommenen größern Nachtheile, die wechselnde Mode des Geschmacks, die Ueberfülle der Produktion und vorzugsweise die Bildung eines besondern Schriftstellerstandes selbst, der bei der Pflege seines eignen ganz auf ihn allein gestellten Berufes ausgeschlossen bleiben mußte von den Vortheilen, die Andern die Anlehnung an gegebene Verhältnisse des Staates, der Kirche, der Wissenschaft, der Welt des Gewinnes und Erwerbes gewährt.

Frankreich und England, ja Länder kleineren Umfanges, haben ihren Literaturen Organisationen gegeben, die sogar theilweise der Staat sanktionirte. Nur in Deutschland ist die junge aufstrebende Kraft sowohl wie die ermattende den Almosen des Zufalls preisgegeben. Oder, sagen wir getrost: Sie war es bis jetzt! Denn schon ist die Aussicht da, daß unsere Schillerstiftung im Jahre 1859, wo sie durch gemeinsame Berathung aller ihrer Filiale eine definitive Gestalt gewinnen wird, mindestens im Besitze von 14,000 Thalern ist. Schließt sich ihr, wie zu hoffen steht, die Dresdner Liedgestiftung, wenn auch mit ihrer Verwaltung, an, so besitzt sie 20,000 Thaler. Sie wird aber bis zu Schillers hundertjährigem Geburtstage noch reichere Aussichten erfüllt sehen. Sie wird im Herzen der Nation immer mehr Wurzel fassen. Sie wird, wie schon jetzt in Rußland und England aus Dank für die Befruchtung, die allen Literaturen durch die deutsche geworden, geschehen ist, selbst das Ausland zur Beisteuer herangiehen.

Unsere kürzlich erschienenen Jahrbücher zur Schillerstiftung (Dresden, Kuntze) bieten entweder um den geringen Preis eines Thalers in allen Buchhandlungen oder leihweise aus jeder guten Lesebibliothek die Gelegenheit, sich über Anfang, gegenwärtige Lage und zukünftiges Ziel der Schillerstiftung zu unterrichten. Zu den bisher verzeichneten Spenden sind neuerdings einige ansehnliche hinzugekommen; so Einhundert Dukaten von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, ein Legat des kürzlich zu München verstorbenen Freiherrn von Pfistermeister mit 2000 Gulden Rheinisch, ein Benefizvorstellungsantheil des Breslauer Stadttheaters im Ertrage von 205 Thalern. Ihre Königl. Hoheiten, der Großherzog von Hessen und der Herzog von Coburg haben Benefizvorstellungen an ihren Hoftheatern für diesen Winter bewilligt. Erträge von Vorlesungen, Concerten, literarischen Herausgaben, Antheile an Ehrensolden, Erträgnisse von Aufforderungen an die Leser beliebter und verbreiteter Zeitschriften stehen in Aussicht. Auch bei den Weimarschen Septembersesten wurde der Schillerstiftung gedacht; ein Kreis edler Frauen trat zusammen, um Erzeugnisse ihrer Kunstfertigkeit am nächsten 11. November in einer Lotterie zu verloosen.

Möge kein Freund unserer Literatur von einer Förderung unseres Zieles zurückbleiben! Jede an uns gerichtete noch so geringe Gabe ist dem Zwecke willkommen! Vorzugsweise richten wir an gebildete Männer und Frauen in allen Städten die Bitte, wie in Berlin, München, Stuttgart, Darmstadt, Weimar, Frankfurt am Main, Hamburg, Offenbach, ja in einer kleinen Stadt, zu Nienburg im Hannöverschen, bereits geschehen ist, zur Bildung von Filial-Schillerstiftungen zusammenzutreten zu wollen. Die Abgeordneten derselben werden am 11. November 1859 an irgend einem passenden Orte sich vereinigen und die nähere Zweckbestimmung und Organisation der Schillerstiftung gemeinschaftlich berathen. Schon für das nächste Jahr beabsichtigen wir eine Vorberathung einzuleiten zu vorläufiger Kenntnißnahme der gegenseitig auszutauschenden Wünsche und Anschichten. Da für eine nationale Schöpfung die Mitwirkung einer möglichst großen Anzahl einsichtiger Männer wünschenswerth sein muß, so richten wir an Jeden, dem unser gegenwärtiges Wirken und das Wirken der Comité's in den obengenannten Städten ein Interesse abgewann und dem die künftige Gestalt der Schillerstiftung für sein eignes Nachdenken irgendwie schon anregend wurde, die dringende Bitte, in seinem nächsten Kreise die Bildung eines Filiales der Schillerstiftung so bald wie möglich in Angriff zu nehmen, damit, wenn jüngst ein Förderer der Schillerstiftung von Friedrich Schiller sagte:

Du sorgtest nur, daß sich das Leben schmücke,
Und diese Sorge war Dein höchstes Glück!
Den Bollmachtsbrief zu Deinem Erdenglück
Gabst unerbrochen, scheidend Du zurück....

die Nachwelt es sei, die diesen Bollmachtsbrief entgegennehme, öffne und mit möglichst reicher Hand die hinterlassene Erbschaft des großen Dichters, die Schuld der Dankbarkeit einer Nation, am Lebensglück Derer abtrage, die die wahren Bürgschaften unserer Einheit und Stärke, Sprache, Schriftenthum, Bildung hüten und, wenn nicht ausgerüstet mit Schillers Kraft, doch in Schillers Geiste wirken.

Dresden, im November 1857.

Im Auftrage des prov. Vorstandes der Schillerstiftung.
Karl Gutzkow.